

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzel-Nummer 60.- Mk. Durch Austräger 900.- Mk. pro Woche. Durch die Post 900.- Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktionsgenossenschaft. Redaktionsprechstunde: 6-8 Uhr nachmittags. Postfach-Nr. 310 59. Fernsprech-Anschluss: Breslau, Ring 8887.

Sonnabend, 17. Februar 1923

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile ober deren Raum 60.- Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 16.- Mk. Kleine Anzeigen per Wort 8.- Mark. - Reklame: Die Millimeterzeile 8 gespaltten ober deren Raum im Wert 150.- Mark.

Auf, zum Kampf!

Kampflösungen der Kommunistischen Partei Deutschlands!

Die Zentrale der KPD. fasste in ihrer Mittwoch-Sitzung folgenden Beschluss:

Die Partei führt den Kampf gegen die französische Invasion, indem sich die Hauptkraft für die Stärkung des Widerstandes der Arbeiter und Beamten einsetzt durch schärfsten Kampf gegen Cuno und die Schwerindustrie, die die Lasten des Abwehrkampfes auf die Arbeiter abwälzen. Den nationalistischen Verwirrungspartien sind folgende soziale Kampflösungen entgegenzustellen:

- 1. Sofortige Belieferung der Arbeiterhaushalte im Ruhrgebiet mit 50 Zentner Kohle und mindestens 5 Zentner Kartoffeln.
2. Sofortige Durchführung der Gehaltstendenzen im Bergbau.
3. Verweigerung des zehnprozentigen Steuerabzugs und sofortige Erhebung der Einkommensteuern von den Kapitalisten. Kampf gegen den Steuerbetrug der Bourgeoisie und Abwälzung der Reparationslasten durch Sachwerterfassung.
4. Sofortige Auszahlung einer Zeuerungs- und Entschuldungszulage von 100000 Mark. Erhöhung der Löhne und Lohn- und Gehaltszahlung im Voraus.
5. Kampf gegen jede Arbeiterentlassung und für Bezahlung der Arbeitslosen in voller Lohnhöhe.
6. Mobilisierung der Gewerkschaften und Betriebsräte zur Einziehung einer wirklichen Zwangsanleihe, zur wirksamen Bekämpfung der Zeuerung, zur Versorgung der Werttätigen mit billigen Lebensmitteln.
7. Wegen des Ruhrnotopfer, das die Lasten der Abwehr auf die Arbeiter abwälzen will: Sachwerterfassung zur Bildung eines Fonds zur Bestreitung der Kampfkosten gegen die französische Invasion.
8. Bildung von Abwehrorganisationen gegen den Faschismus in den Betrieben durch die Gewerkschaften und Betriebsräte und Einreichung der proletarischen Frontkämpfer in diese Abwehrorganisationen.
9. Verstärkte Propaganda der französischen und deutschen Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter unter den Besatzungstruppen.
10. Volle Solidarität mit den streikenden Bergleuten im Saargebiet und in Frankreich, falls der Bergarbeiterstreik auf Frankreich übergreifen sollte.

Generallstreik für die Bewaffnung proletarischer Hundertschaften.

Hagen (Westfalen), 15. Febr.

Oestern wollte der General Märker in Gehelsberg bei Hagen sprechen. Die Betriebsräte forderten das Verbot der Versammlung. Das wurde abgelehnt. Darauf zogen die Betriebe geschlossen vor das Lokal. Polizei und OrgeSch hatten den Eingang besetzt. Sie provozierten einen Zusammenstoß, bei dem es viele Verwundete gab. Die Arbeiter siegten. Sie umzingelten vollständig die OrgeSchmannen und Schupo. Die Betriebsräte erhoben jetzt die Forderung auf Entwaffnung, Entlassung und Verhaftung der beteiligten Polizei und OrgeSch. Die Forderung mußte bewilligt werden. Die erbitterten Arbeiter wollten die Umzingelten lynchen. Die Betriebsräte konnten dies nur mit Mühe verhindern und die beteiligte Polizei und OrgeSch inhaftieren. Später rückte ein Auto mit Schupo an. Die Arbeiter forderten ihren Abzug binnen einer halben Stunde. Auch diese Forderung mußte bewilligt und durchgeführt werden. Heute ist Generallstreik zur Unterstützung der Forderung, daß proletarische Hundertschaften durch die Kommune bewaffnet werden.

General Märker ist bekanntlich der, der 1920 die Arbeiter blutig niederschlug, die Ereignisse in Gehelsberg sind von mehr als lokaler Bedeutung. Sie zeigen, daß die Arbeiter im Ruhrgebiet das Fasziellenleben satt bekommen und die praktischen Maßregeln ergreifen, um damit anzutreten. Massenhaft sind im Ruhrgebiet fasziistische Provokateure am Werk, um blutige Zusammenstöße zwischen Arbeitern und den französischen Soldaten zu provozieren. Die bürgerliche Presse schürt systematisch zu Zusammenstößen. Es ist hohe Zeit, daß die Arbeiterschaft überall energisch eingreift, daß sie von den Revolutionären zur tatsächlichen Bildung proletarischer Hundertschaften und zur Erzwingung ihrer Bewaffnung durch die Behörden übergeht. Kampf bis aufs Messer dem Faschismus!

Schuboberfälle auf Arbeiter in Essen! Ständige proletarische Wache vor dem „Ruhr-Echo“.

Selsenkirchen, 15. Febr.

In Düsseldorf, Duisburg und Essen ruht jeglicher Postbetrieb und Telephonverkehr. Am Dienstag fand eine Demonstration, von der Kommunistischen Jugend einberufen. Statt an der sich mehrere Tausend Jugendliche beteiligten. Auch Durchführung der Demonstrationenversammlung gegen die Besatzungstruppen durch die Stadt. Als der Zug die Köhlstraße passierte, wo sich unsere Parteigründerei, das „Ruhr-Echo“ befindet, wurde plötzlich ein Auto mit schwerbewaffneter Schupo in den Zug. Ohne jede Bedenklichkeit pflanzten die Grünen, ihre Bajonette auf und gingen gegen die jugendlichen Arbeiter vor. Einige zogen auch ihre Revolver, doch kam es nicht zu Schießereien. Zwei Jugendliche wurden verhaftet, einige leicht verletzt. Da durch die Faschisten in den letzten Tagen häufige Zusammenstöße vor dem Gebäude des „Ruhr-Echo“ provoziert werden, haben sich die kommunistischen Genossen bereit erklärt,

eine ständige Wache im „Ruhr-Echo“ einzurichten. Die Wache besteht aus 120-150 Genossen, die bereit sind, jeden nationalfaszistischen Überfall auf das Eigentum der Arbeiterschaft mit allen Mitteln abzuwehren.

In Essen liegt sich die Lage immer mehr zu. Die Nationalisten beginnen mit Terrorakten gegen die Geschäftsleute und Wirte, die an die Truppen verkaufen. In verschiedenen Geschäften wurden daher die Fenster Scheiben demoliert. Da, wo die Geschäftsleute oder Wirte den Soldaten die Abgabe von Waren oder den Ausschank von Bier verweigern, wurden diese Geschäfte und Restaurants von den Franzosen geschlossen. Demolierungen der Fenster Scheiben oder Schließung der Lokale muß schließlich alles die Arbeiterschaft bezahlen.

Ein neuer Milliardenbetrug der Grubenbarone.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages teilte der Abgeordnete Osteroth mit, daß verschiedenen Konferenzen seit dem Jahre 1917 monatlich vier Millionen Tonnen Kohle steuerfrei zur Verfügung gestellt werden. (Osteroth ist Hilfsarbeiter im Reichswirtschaftsministerium, muß es also wissen!) Ferner gab er an, daß etwa vier Millionen Tonnen Kohlen die Grubenbarone als Selbstverbrauch monatlich zu viel angeben und dadurch ebenfalls die Steuern hinterziehen.

Im Monat Januar 1923 haben die Grubenbarone den Staat dadurch um etwa 100 Milliarden betrogen.

Es wirkt eigenartig, daß Osteroth jetzt erst mit seiner Enthüllung heraustritt, es wird ihm doch bereits schon zur Zeit der Koalitionsregierungen bekannt gewesen sein, daß die Kohlebesitzer den Staat betrügen.

Der Petersburger Sowjet zur Ruhrbefreiung.

Der „Iswestia“ vom 4. Februar entnehmen wir: Nach den Berichten der Genossen Newbold Duret und Hoernle beschloß der Petersburger Sowjet den heldenhaften Kampf der französischen Kommunisten durch Straßenkämpfe zu unterstützen. Eine Straße wird in Zukunft „Marek-Cadim-Straße“ eine „Kommuwissau-Straße“ heißen. Ferner wandte sich der Petersburger Sowjet mit einem Aufruf an die deutsche und an die französische Arbeiterschaft.

Kommunale Neuwahlen in Preußen.

Nach Blättermeldungen wird der Preussische Landtag den Stadtverordneten, senkrecht des Ministers Sewering in dieser Sitzung nicht mehr verabschieden, da er selbst diesem Parlament zu reaktionär ist. Der Landtag wird sich voraussichtlich auf ein Abzweigen einigen, nach dem die Gemeindevorwahlen noch in diesem Frühjahr stattfinden. Unsere Genossen tun gut daran, jetzt schon mit aller Kraft zu diesen Wahlen zu rufen.

Heraus aus der Gasse!

S. B. Die wirtschaftlichen und politischen Zustände werden von Tag zu Tag unhaltbarer. Die Preise steigen im tollen Wirbelsturz. Der Wucher blüht an allen Ecken und Enden. Die Regierung wirft die mühsam erworbenen Devisenbestände der Reichsbank, unter dem Vorwand, die Mark zu stabilisieren, einer Bande von Wuchzern in die Taschen. Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode. Die kapitalistische Wiederaufbaupolitik der Bourgeoisie und ihrer treuen sozialdemokratischen Helfershelfer hält konsequent in jeder Situation den nackten kapitalistischen Klassenstandpunkt aufrecht. Dieser Gesichtspunkt war ausschlaggebend, als es sich darum handelte, die durch den Kriegszusammenbruch verlorengegangene politische Macht wiederzuerobern. Dieser Gesichtspunkt war ausschlaggebend, als es sich darum handelte, alle Lasten des Zusammenbruchs von den Besitzenden auf die Arbeiter und die Mittelschichten abzuwälzen. Dieser Gesichtspunkt war ausschlaggebend, als sie versuchten, die Siegermächte unter dem Deckmantel der Erfüllungspolitik um ihre Beute zu pressen, und dieser Gesichtspunkt ist ausschlaggebend bei der jetzigen Sabotagepolitik gegen den französischen Imperialismus.

Dieser pfiffig-schlau sein wollende Plan zur Rettung der deutschen Bourgeoisie führt zwar mit eiserner Konsequenz zum Untergang der Herrschaft des Kapitalismus, aber die Lasten und Kosten dieses langwierigen, schmerzhaften Prozesses hat die Bourgeoisie bisher verstanden ganz auf das Proletariat abzuwälzen.

Der Zusammenbruch der Erfüllungspolitik der kleinbürgerlichen Koalitionregierung führte zur Ruhraktion der Franzosen. Weil weder die Kleinbürgerregierung noch die Arbeiterklasse die Kraft fanden, die Besitzenden zu zwingen, die Kosten der Reparationslasten aufzubringen, griff der französische Imperialismus zu um sich selbst zu helfen, was man ihm verweigerte. Weil die Arbeiterschaft nicht die Kraft fand, die Sachwerte zu erfassen, die Bergwerke und die Schlüsselindustrien zu sozialisieren, greift Poincare nach den Sachwerten im Industriegebiet.

Der Kampf gegen den französischen Imperialismus ist objektiv revolutionär. Die Cuno-Regierung mit ihren schwerindustriellen Hintermännern kam aber den Kampf gegen den französischen Imperialismus nicht revolutionär führen, weil sie mit beiden Augen nach der Verständigung schielt. Sie kann ihn nicht revolutionär führen, weil sie die Kosten dieses Kampfes auf die nicht tragfähigen Schultern des Proletariats abwälzt.

Die Aufbringung der Kosten zum wirksamen Kampf gegen den französischen Imperialismus von den Besitzenden ist deshalb die erste Vorbedingung für den erfolgreichen Kampf gegen die französische Invasion.

Den Kampf gegen den französischen und Entente-imperialismus kann nur eine Arbeiterregierung führen, die rücksichtslos den Interessenstandpunkt der Arbeiterklasse zum Ausgangspunkt aller ihrer Handlungen macht. Eine Arbeiterregierung ist in Deutschland jedoch erst dann möglich, wenn sich die gesamte Arbeiterschaft über all ihre sonstigen Differenzen hinweg einigt zum Kampf zur Niederwerfung der eigenen Bourgeoisie. Sie muß vom Gerede über die Sachwerterfassung übergehen zur Beschlagnahme der Schlüsselindustrien und Ausübung der proletarischen Produktionskontrolle, um die Widerstandskraft der gesamten werktätigen Bevölkerung gegen den Ententeimperialismus so zu heben, daß der Abwehrkampf wirksam durchgeführt werden kann. Der Kampf muß erweitert werden zur Einbringung der notwendigen Reparationszahlungen an die Siegermächte wenigstens so lange, bis durch eine Atempause zum Aufbau der deutschen und russischen Wirtschaft die Kraft des Proletariats national und international so gestärkt ist, daß der internationale Kampf gegen den Versailler Frieden die Macht haben diesseits und jenseits des Rheins niederzuhalten imstande ist.

Die Bildung einer Arbeiterregierung hat vor allem zur Voraussetzung die Niederwerfung der deutschen Faschisten, die Vertreibung aller Konterrevolutionäre und die Bildung eines festen Abwehrblocks aller unter dem Versailler Friedensvertrag leidenden Völker, wie Rußland, Deutschland, Oesterreich, der Türkei, die, wenn sie den Abwehrblock zustande bringen, eine solche Kraft bilden, daß, wenn die aufgerichtete Arbeitermacht vom Ententeimperialismus angegriffen und überfallen wird, sie durch Auf-

biegung aller Kräfte den Kampf gegen die Versäuerter Friedensmacher, den Ententeimperialismus mit den Mitteln eines revolutionären Krieges durchzuführen imstande wäre.

Nur wenn es gelingt, die Kräfte der Revolution den Kräften der Konterrevolution national und international entgegenzustellen, nur dann ist ein Ausweg aus der Sackgasse möglich.

In Deutschland ist im Augenblick die Lage so, daß die Versuche der Bourgeoisie, ihre konterrevolutionären Ziele hinter einer nationalistischen Hurrastimmung zu maskieren, bereits zu scheitern beginnen. Die zunehmenden sozialen Misere drängen die nationalistische Hurrastimmung zurück. Die Arbeiterklasse hat sich bereits am Anfang ziemlich innig gegenüber der nationalistischen Verhetzung erwiesen. Jetzt beginnen bereits die schwankenden Mittelschichten abzurufen und sich für ihre sozialen Forderungen zu interessieren.

Der Partei ist es überall, von kleinen Vertreibungen abgesehen, gelungen, die Linie des Zweifrontenkrieges gut durchzuführen. Die Partei führt den Kampf gegen die französische Invasion, indem sie im besetzten und unbefestigten Gebiet ihre Hauptkraft gegen die Politik der deutschen Bourgeoisie richtet, indem sie den Widerstand organisiert gegen die Abwälzung der Lasten und Räte des Abwehrkampfes von der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse.

Die Partei und unsere Genossen im Ruhrgebiet haben den nationalistischen Schlagworten bereits ihre sozialen Lösungen entgegengesetzt. Die Verteilung der Arbeiterhaushalte im Ruhrgebiet mit 50 Zentnern Kohlen ist heute bereits mehr als eine Versammlungspolizei. Arbeiter, Beamte und holländische Mittelschichten sind bereit für die Forderung zu kämpfen.

Die Lösung der Einfuhrung der Sechsstundenschicht für den Bergbau angesichts der Überfüllung der Halben mit Kohlen ist ebenfalls bereits eine Kampflösung geworden, die die Ruhrbergleute durchzuführen beginnen.

Der Kampf gegen den zehnjährigen Strukturbruch, für die sofortige Erhebung der Einkommenssteuer von den Kapitalisten, die Verwirgung der Arbeitslosen- und Sonntagarbeit, die Forderung einer sofortigen Teuerung- und Entschuldungszusage, die Erhöhung der ganzzugunehmenden Löhne und die Forderung der Lohnkämpfe im voraus sind soziale Forderungen, die heute von breiten Arbeiter- und Angestelltenkreisen weit über die kommunistische Partei hinaus aufgegriffen worden sind und die in dem Umfang, in dem die Massen dafür in den Kampf zu gehen sich bereit finden, die revolutionäre Kraftentfaltung schaffen, die nötig ist, um den Kampf gegen den französischen Imperialismus durch Niederwerfung der deutschen Bourgeoisie revolutionär zu führen.

Diesen Forderungen, die im Ruhrgebiet und im übrigen unbesetzten Reich von der Arbeiterschaft aufgenommen worden sind, gilt es noch hinzuzufügen den verstärkten Kampf gegen jede Arbeiterentlassung und Verzählung der Arbeitslosen in voller Lohnhöhe. Für die Durchführung dieser Forderungen gilt es im ganzen Reich, die Gewerkschaften und die Betriebsräte mobil zu machen.

Die mobilisierten Gewerkschaftsmitglieder und Betriebsräte werden imstande sein, die Kartellierung der von der Wirtschaft besetzten Zwangsarbeiter in eine wirkliche Zwangsarmee umzuwandeln, um im großen Umfang Lebensmittel und Bedarfsgegenstände anzufahren, die zu bezahlbaren Preisen an die Bevölkerung abgegeben werden müssen.

Für eine massenhafte Massenbewegung, die die Kraft hat, sich eine Arbeiterregierung zu erkämpfen, wird imstande sein, mit der radikalen Streikunterstützung der Existenz ein Ende zu machen. Nur eine Arbeiterregierung wird die Milliarden-Liebesgaben an die Schwarzindustrie unter der Maske der Marktabstimmung, der Gründung der Kohlenräume unmöglich machen, wie für unmöglich machen wird landesverräterische Abkommen mit den Franzosen, wie für die Vordring-Andria A. G. oder Einiges mit seinen französischen Statistern abgeschlossen haben.

Durch eine von den Gewerkschaften und Betriebsräten durchgeführte Sachversteigerung wird es auch möglich sein, einen erheblichen Fonds zur Durchführung der Abwehr gegen die französische Invasion zu bilden. Die Zustimmung des ADGB und der Sozialdemokratie zu den Einmengen für das Ruhrgebiet liegt ganz in der Linie der bisherigen konterrevolutionären Politik dieser Partei- und Gewerkschaftsautoritäten, die der Bourgeoisie hilft, die Lasten des Zusammenbruchs von sich auf die Arbeiterklasse abzuwälzen.

Als alle Teile des Reiches mehrere sich die Nachrichten, daß die Arbeiterschaft aus den Betrieben heraus zur Bildung von Abwehrorganisationen gegen den Faschismus geschritten ist. Die nationalistischen Kreise verheizen es, durch einen Appell an die Schlichtungsgemeinschaft im Weltkrieg politisch indifferent in transnationalen Frontkämpferhandeln zu sammeln und gegen die Arbeiterklasse auszuspielen.

Die Arbeiterklasse muß ungeachtet der proletarischen Frontkämpfer entgegen in ihre Abwehrorganisation gegen den Faschismus.

Die Tätigkeit der französischen Kommunisten in Frankreich und die gemeinsame Propaganda der deutschen und französischen Kommunisten unter den Besatzungstruppen zeigt bereits einen gewissen Erfolg. Berühmte französische und belgische Arbeiter und Soldaten sind den Führern des Kampfes in Holland und Belgien eine wertvolle Unterstützung. Soldatenpropaganda wird der Kampf gegen den französischen Faschismus am wirksamsten gefördert.

Der Streik der Kohlenarbeiter im Saargebiet trahnt überzugehen auf die Bergleute in Frankreich. Es ist selbstverständlich, daß die deutschen Bergleute sowie die gesamte Arbeiterklasse volle Solidarität mit den fran-

zösischen und französischen Grubenflaven praktisch üben werden.

Die Zeit ist günstig wie nie, Langversäumtes nachzuholen. Die Partei muß alle Kräfte mobil machen, um diese Aktion gründlich vorzubereiten und mit allen Kräften durchzuführen.

Arbeiterführer mit Kapitalisten gegen Proletariat.

Nach einem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ (27. 1. 23.) haben Funktionäre der SPD. in Gera am 24. 1. in einem Beschluß gefordert:

- Bruch mit der nationalen Einheitsfront!
- Bekenntnis zum proletarischen Sozialismus!
- Kampf gegen imperialistische Gewaltpolitik!
- Verbindung mit der proletarischen Internationale!
- Energische Maßnahmen gegen Teuerung!
- Energische Maßnahmen gegen Sinken des Reallohnes!
- Scharfer Kampf gegen die Reichsregierung!

Herr Graßmann, 2. Vorsitzender des ADGB, war kürzlich in Elberfeld, dort sprach er, dort verkündete er das Diktat des ADGB und es lautet:

„Ich kann nicht zulassen, daß wir jetzt Forderungen an den deutschen Unternehmer stellen, das wäre ausgesprochen antinational.“

Die Unternehmer aber betrachten es als national, die Preise maßlos in die Höhe zu treiben, entsprechende Lohnerhöhungen abzulehnen. Mögen die Proletarier hungern, der ADGB sagt: Forderungen an den deutschen Unternehmer kann ich nicht zulassen! Werden die Mitgliedschaften noch länger lausen?

Der Sozialdemokrat Sollmann versicherte in einer Versammlung in Tübingen, er sprach vor Söhnen der Bourgeoisie: „Kapital und Arbeit gehören gegenüber dem raubgierigen französischen militärischen Kapitalismus untrennbar zusammen.“

Nun steigern die Stinnes und Konjorten die Preise, erheben ihre Gewinne und der ADGB fordert einen Stundenlohn als „Notopfer“ zur Unterstützung der Politik des Schwertkapitals. Das deutsche Proletariat wird erzwungen, wenn es nicht den Streik zerrißt, den die Gewerkschaftsbürokraten und Sozialdemokratischen Führer als Schützlinge der kapitalistischen Wirtschaft um seinen Hals legen.

Wozu die Kapitalisten die nationale Einheitsfront benutzen.

Die Werbetrommel für die nationale Einheitsfront wird in den letzten Tagen mit verächtlichen Kräften geschlagen. Der ADGB wendet sich nochmals an die Arbeiter, um für die Abgabe eines Stundenlohnes für eine mit den Unternehmern gemeinsame Rubrik zu propagieren. Während die Gehepöstel der nationalen Einheitsfront ihre Tätigkeit in dem Maße verstärken, in welchem die nationale Einheitsfront abzubrüden beginnt und die Fortmierung der Klassenfront immer klarer wird, benutzen die deutschen Kapitalisten jede sich bietende Gelegenheit, um das Milliardengeschäft der Ruhrbelegung, gedeckt durch die nationale Einheitsfront, zu vergrößern. Die Kohlenhewer haben sie nicht abgeliebert, neue Steuererleichterungen lassen sie durch den Stenenaussschuss beschließen und eine geringfügige Lohnerhöhung nehmen sie zum Anlaß, um eine Verdoppelung der Kohlenpreise vorzunehmen.

Am 12. Januar sind die Kohlenpreise um 67,3 Prozent, am 1. Februar um 80 Prozent, am 9. Februar um 100 Prozent erhöht worden. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als eine Verschönerung der Kohlenpreise innerhalb des ersten Monats der Ruhrbelegung. Die Regierung erlaubt fortwährend von den großen Kohlenvorräten für 45 Tage. Diese Kohlenvorräte, die weder mit den hohen Löhnen noch mit etwas anderem zu tun haben, machen die Erhöhungen mit Unanständigkeit werden die Preise hinaufnummeriert. Die Kohlenbarone von der Ruhr und die Kohlenhändler verziehen glänzend, die nationale Einheitsfront für ihre Geschäfte zu benutzen.

Die revolutionären Partei- und Gewerkschaftsführer üben ihnen hierin bei! Wie lange wollen die Proleten diese Ausplünderung geduldig hinnehmen? Wie lange wollen die Proleten die Cuno-Regierung am Ruder lassen, die diesen Wucher begünstigt?

In den Betrieben und Gewerkschaften muß der Ruf der Arbeiterregierung mit aller Deutlichkeit erhoben werden.

Ein Kapitel zur deutschen „Kapitalflucht.“

Auf dem 5. Landtag des Schlesischen Landbundes behauptete der Zeitschreiber Dr. Herrschel fest und fest, es gäbe in Deutschland keine Kapitalflucht.

Die Londoner Zeitschrift „National Review“ weist ein anderes Licht zu zeigen. Sie veröffentlicht einen bemerkenswerten Beitrag zum Kapitel: „Es gibt keine Kapitalflucht in Deutschland.“ Der amerikanische Bankier Schuler, der im Vorjahre an der Berliner Konferenz der Finanzminister teilnahm, äußerte sich wie folgt:

„Meine Schweizer und holländischen Kollegen haben anerkannt, daß in den Schweizer und holländischen Banken große Summen deutscher Finanzwerte deponiert sind. Diese Summen sind noch gering im Verhältnis zu den deutschen Assets in London und New York. Die Londoner Finanzleute wollten zwar keine genaue Summe angeben, gaben jedoch zu, daß es sich um ganz enorme Beträge handele, die selbst die deutschen Einlagen in New York weit übersteigen, obwohl die dazu insofern groß sind. Die deutsche Handelswelt habe ganz besondere Fühlungsgemeinschaft zur Entlassung dieser Kapitalwerte ausfindig gemacht. Derzeit sind z. B. eine deutsche Firma nach New York einen Posten von 3000 Dollar, wird der deutschen Zollbehörde bloß eine Rechnung über 2000 vorgelegt. Einem gewissen Abkommen zufolge werden die restlichen 1000 Dollar in New York auf den Namen eines Etrohmannes deponiert.“

Eine andere Meldung besagt: Laut „Sunday Express“ sind die englischen Kohlenlieferungen an Deutschland durch die bedeutenden deutschen Kredite garantiert, die die deutschen Firmen in London und New York besitzen und die ihnen gestatten, auf diesen Märkten Rohmaterialien zu kaufen. Diese Kredite werden auf etwa 500 Millionen Pfund Sterling geschätzt.

Was sagt der Oberkatholik Herrschel nun? Wird er immer noch die Stirn haben zu behaupten, daß es in Deutschland keine Kapitalflucht gibt?

Für die 6-Stundenschicht im Bergbau.

In Sachsen hat der 23-er-Ausschuß der Betriebsräte von Rheinland-Westfalen Verhandlungen betreffend die Einführung der Sechsstundenschicht im Bergbau aufgenommen. Außerdem wurde die sofortige Verteilung jeder Arbeiterfamilie mit 5 Zentner Kartoffeln verlangt.

In dem von den Belgiern besetzten Bezirk von Aachen sind alle Kommunistenversammlungen, auch Mitgliederversammlungen, von den Besatzungsbehörden verboten worden.

Schlesische Rundschau. Geld regiert die Welt.

Uns wird geschrieben: Der Kampf der Angestellten im Sanatorium Dr. Schoen in Reinerz hat schon öfters die Öffentlichkeit beschäftigt. Am 23. Januar ein Ende zu bereiten, fand am 23. Januar vor dem Schlichtungsausschuß in Olag ein Termin statt, in dem entschieden werden sollte, ob der Sanitätsrat berechtigt war, den Mitgliedern des Betriebsrates zu kündigen. Der Schlichtungsausschuß mit seinem Vorsitzenden war empört über die Zustände im Sanatorium, und es wurde folgender Spruch einstimmig gefällt: Schlichtungsausschuß. Olag, 23. 1. 23.

Ob der Entlassungsstreik des Dr. R., der Sekretärin R. und der technischen Assistentin sowie der Krankenschwestern... wurde in der Verhandlung am 23. 1. 23. folgender Schiedspruch gefällt:

Der Anspruch gegen die Kündigungen ist berechtigt, da die Kündigungen zweifellos als ungesetzliche Maßnahmen angesehen sind. Die Sanatoriumsleitung ist verpflichtet, die gekündigten Arbeitnehmer weiter zu beschäftigen. Der Schlichtungsausschuß hält ferner folgende Mindestgehälter für die Angestellten für unbedingt notwendig:

1. Für den Hausarzt Dr. R.: Dezember 1922 25 000 Mk., Januar 1923 30 000 Mk., 2. für die Sekretärin und technische Assistentin: November 1922 5000 Mk., Dezember 1922 10 000 Mk., Januar 1923 15 000 Mk.; für die Krankenschwestern: November 1922 3000 Mk., Dezember 1922 4500 Mk., Januar 1923 6000 Mk. Sämtliche Gehälter sind neben voller freier Station zu gewähren.

Der Vorsitzende: gez. Dr. Koch, gez. Puschmann, gez. Beltrich, gez. Hodelmann, gez. Podewils, gez. A. Ernst, gez. Schuy.

Von der Leitung des Sanatoriums wurde dieser Spruch natürlich als nicht bestehend betrachtet und am 31. Januar wurden an die Kläger die alten Gehaltsätze gezahlt.

Was geht den Herren Sanitätsrat auch der Spruch eines Schlichtungsausschusses an, in dem ja auch Arbeiter Recht fallen — er läßt es darauf ankommen.

Die Hausangestellten werden weiter gemahregelt und entlassen. Die Hausdame ohreicht Stubenmädchen. Der Betriebsrat hat nichts zu sagen. Für entlassene wahlberechtigte Arbeitnehmer stellte die Leitung 15 jährige Kinder ein, um die Neuwahl eines Betriebsrates unmöglich zu machen. Und der Betriebsrat, der beim Regierungspräsidenten hat auf die Beschwerde und Bitte, den gewählten Betriebsrat bald anzuerkennen, weder geantwortet noch eine Entscheidung getroffen. Wohl hat der Regierungspräsident dem Glaher Gewerkschaften Artikel der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ über das Schreiben an den Betriebsrat mit der Bitte um Anerkennung zugesandt, sonst ist aber nichts geschehen, um den Angestellten zu ihrem Recht zu verhelfen. Ja, der Herr Sanitätsrat weiß, was er will. Er erlaubt den Spruch des Schlichtungsausschusses nicht an — laß doch die Leute klagen, wenn sie Geld haben. Und damit sie kein Geld in die Finger bekommen, zahlt er die alten Löhne weiter. Für 3000 Mark Monatsgehalt können die Angestellten vielleicht ihre Schuhe flicken (?) lassen, welche sie beim Laufen um ihr Recht zerrissen haben, aber keinen Rechtsanwalt bezahlen. So ungefähr denkt der Betriebsrat und läßt klammern die Betteiliste, auf der steht: Für die Ruhrgebiets: 1500 Mark. Herr Sanitätsrat Kramer! O, der Herr ist sehr patriotisch und treuhaft! Zum Karlsruhe jieren den Speiseaal seines Sanatoriums und viele Nordbränner — er sagt ruhmreiche Heerführer!

Jetzt hat der Herr Regierungspräsident das Wort, an den ich der Betriebsrat zwecks Anerkennung des Spruches vom Glaher Schlichtungsausschuß gewandt hat.

Und die Angestellten legen ihre ganzen Hoffnungen auf diese Instanz!

Wird ihr Vertrauen gerechtfertigt werden? M. M. Dieser Kampf, der nun vor den Regierungsstellen ausgetragen wird, zeigt deutlich den Klassencharakter der demokratischen Republik. Obwohl Recht und Gesetz auf Seiten der Angestellten sind, können sie nichts machen, weil sie kein Geld haben. Die Angestellten bauen aber auf Sand, wenn sie sich auf den Regierungspräsidenten verlassen. Nur das Proletariat wird durch die Revolution diese Klassen beseitigen!

Die gekränkte Leberwurfs.

In Nr. 15 unserer Zeitung vom 18. Januar brachten wir einen Artikel: „Wie ein Schlichtungsausschuß aussieht.“ Nachmals die Zustände im Sanatorium Dr. Schoen, Reinerz. Auf diesen Artikel hat der Schlichtungsausschuß Olag, um den es sich handelt, eine Entschuldigungsgefahr, die die Ehre des Vorsitzenden retten soll. Die Entschuldigungsgefahr lautet:

Der Schlichtungsausschuß Olag legt gegen die in Nr. 15 der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ vom Donnerstag, den 18. Januar 1923 entpattierten Verdächtigungen gegen ihn sowie seinen Vorsitzenden höchste Bewahrung ein und bezeichnet dieselben als völlig unwahr und aus der Luft gegriffen. Herr Dr. Reichenberg hat inzwischen mitgeteilt, daß er der Redaktion der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ inzwischen bereits eine Berichtigung über den betreffenden Artikel zugesandt habe, und daß die in dem Artikel enthaltenen Vorwürfe ungerechtfertigt sind. Der Schlichtungsausschuß erwartet, daß die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ in einer der nächsten Nummern die von Herrn Dr. Reichenberg zugesandte Berichtigung wiedergibt und die gegen den Schlichtungsausschuß und seinen Vorsitzenden erhobenen Verdächtigungen zurücknimmt. Der Schlichtungsausschuß spricht ferner einmütig seinem Vorsitzenden vollstes Vertrauen aus und erklärt, daß er die Behandlung der Angelegenheit durch seinen Vorsitzenden ausdrücklich einversteht.

Was soll man dazu sagen? Wir haben in jenem Artikel nur das Schreiben jenes unerseligen Gewerkschaftsbesetztes und es unseren Lesern erläutert. Wenn dieser Gewerkschaft sich nun deshalb beleidigt fühlt, ja, dann darf er eben solche Briefe nicht schreiben. Oder will er etwa uns für das verantwortliche machen, was er verbrochen hat?

Offener Brief

an die Zertilarbeiterchaft von Langenbielau.

Arbeitskollegen und Arbeitskolleginnen!

In Nr. 12 des „Proletarier“ wird unter dem Artikel „Ein Sieg der Vernunft“ eine Kommunistenbegehung und eine Darstellung der Tatsachen geliefert, die alles frühere übersteigt. Es heißt darin, daß die Kommunisten in den Jahren 1920 und 21 durch Herrunterreißen von Funktionen, Vertriebsrätnmitgliedern, Vorstandsmitgliedern und Gewerkschaftsangehörigen das denkbar möglichste geleistet haben. Wahr ist, daß die Kommunisten, rücksichtslos die Fehler aufdecken und der Arbeiterchaft von 1921 sagten, daß wir durch die Politik der Gewerkschaftsbürokratie entweder zum Hungertode trotz aller Arbeit, oder wenn die Arbeiter die Geschick selbst in die Hand nehmen zur Revolution kommen werden. Das was wir 1921 voraussetzten hat sich bis zum letzten Wort erfüllt. Die Arbeiter sind der Politik der Gewerkschaftsführer, „Nur die Arbeit kann Euch retten“ gefolgt und heute sehen wir, wie katastrophisch die Arbeiter trotz ihrer Arbeit vor Hunger sterben zu Grunde gehen müssen. Weiter steht dort, daß wir besonders nach jeder Lohnverhandlung sämtliche Lohnkommissionsmitglieder als Arbeiterverräter verurteilen haben. Dies ist die Sage sondergleichen. Wahr ist, daß wir Kommunisten in mehr betonten, daß die Lohnkommissionsmitglieder wohl ihr Meißelwerk daran setzen, das Lohnergebnis so hoch als möglich zu erzielen, daß wir aber mit dem Lohnergebnis nicht zufrieden sein können, weil der reale Wert von einer Lohnverhandlung zur anderen immer mehr sinkt. Wir betonen immer, daß wir mit diesen Lohnverhandlungen immer mehr ins Gland geraten. Ob wir auch in dieser Beziehung recht gehabt haben, zeigt euch, was ihr euch 1921 für einen Wochenlohn kaufen konntet und was ihr euch heute noch kaufen könnt. Weiter steht in dem Artikel, daß wir jedem denkenden Funktionär das Mitarbeitversteht und es dazu gebracht haben, daß dieselben der Generalversammlung im Januar 1922 fernblieben. Wie stehen hier die Tatsachen? Vom Gewerkschaftsführer Rang wurden uns bei jeder Kritik, die wir übten, die Worte entgegengehört: „Die Kommunisten wollen nur kritizieren, aber positive Arbeit wollen sie nicht leisten.“ Darum haben wir die Hälfte des Vorstandes bezeugt, um den Beweis zu erbringen, daß wir nicht nur Kritik übten, sondern auch positive Arbeit leisten konnten. Wir haben mit unserer Arbeit erst die Anhänger der Gewerkschaftsbürokratie zur Aktivität erregt. Denn früher waren die Versammlungen halb so stark besucht, denn man überließ das Wohl und Wehe den Gewerkschaftsführern. Erst durch unsere Arbeit kommt es großen Teilen der organisierten Zertilarbeiter zur Bemerkung, daß sie die Gewerkschaft bilden, und nicht die bezahlten Angehörigen, und daß sie selbst die Geschicke der Gewerkschaft in die Hand nehmen müssen. In dem Artikel heißt es weiter: „Sie (die Kommunisten) glaubten, in ihrer Verblendung, daß die Masse der Langenbielauer Arbeiterchaft zu ihnen stände und merkten nicht, daß gerade die denkende und erwachte Arbeiterchaft ihnen fernblieb und daß ihr Anfang zum allergrößten Teil nur aus solchen jüngeren Leuten bestand, die von Sozialismus und von Kommunismus keinerlei Verständnis haben, die man leicht zu unüberlegten Handlungen zu bewegen in der Lage ist.“ Nun, auch hier die eigene Wahrheit. Wir raten dem Artikelschreiber, einmal von seinem Büro aufzustehen und sich unter die Arbeiterchaft in die Betriebe zu bemühen, vielleicht wird er dann eines anderen belehrt. Bei der Betriebsratswahl (Firma Dierig) ließ es ja auch, wir hätten kaum die Listen aufstellen können, und bei der Wahl zeigte es sich, daß wir die gleiche Mandatanzahl erreichen wie die, welche uns totschrien wollten. Dann noch eins. Wo stehen die Denkenden? Schaut die Reihen der Kommunisten entlang, da findet ihr so manchen, der für die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung kein ganzes Leben opferte. Aber auch der Jugend widmen wir unser Augenmerk, denn sie müssen ja einst unser Werk vollenden. Es ist traurig genug von der Gewerkschaftsbürokratie, daß sie sich nicht der Jugend annimmt, sondern noch die tätigen Jugendgenossen als Pausenjungen und für die Bewegung unreihe Menschen beschimpft. Wir werden weiter, wie bisher, die Jugend aufklären und diese in die Kampffront der Massen einreihen. In demselben Artikel steht weiter: „In der diesjährigen Generalversammlung sollte nun der Sieg erweitert werden. Der ganze Vorstand sollte mit Kommunisten besetzt werden. Im geheimen hatte man, genau wie

im vergangenen Jahre, schon vorher die Liste zusammengestellt und in den Betrieben wurden mehrere Tage lang von Spinnmaschine zum Webstuhl und vom Webstuhl zum Farbbottich die richtigen revolutionären Reden geschwungen vom einzig echten und wahren Klassenkampf, den nur Kommunisten in sich tragen können.“ Nun, wie sehen hier die wahren Verhältnisse aus. Es stimmt, daß wir schon vorher eine Liste aufgestellt haben. Aber nicht im geheimen, ganz offen arbeitet unsere Oppositionsfraktion, und wir wollen nicht den „Sieg“ an uns reißen, sondern die gesamte Zertilarbeiterchaft soll entscheiden, wenn sie ihre Stimme geben will. Wenn die Bürokraten und ihre Anhänger die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen, dann sollen sie auch den gesamten Vorstand besetzen. Aber die Wahlen müssen korrekt vor sich gehen, und nicht durch „Schleichung“ gebeeidelt werden. Unsere Fraktionslistung fand im Winter lokal statt. Aber die Gewerkschaftsbürokraten tramen ihre Vetoreuen zu dieser Fraktionslistung im Verbandsbüro zusammen. Derselben, die immer schreien, Politik und Gewerkschaft gehören nicht zusammen, machen also im Verbandsbüro ihre Parteifraktionslistungen. Ich glaube, daß hier ihre ganze Heuchelei genügend gekennzeichnet ist. Nun noch die Frage: Wer ist am meisten herumgesprungen vor dieser Vorstandswahl? Wer hat alle möglichen und unmöglichen Mittel in Bewegung gesetzt? Die Bürokraten und ihre Anhänger. Daß die Kommunisten an der Spinnmaschine, am Webstuhl und am Farbbottich ihre revolutionären Reden geschwungen haben, ist nur ein Lob für uns. Er zeigt ihnen nur, daß sie nicht und nimmer den Gedanken des Kommunismus aus Langenbielau austreten können, weil eben unsere Genossen überzeuge, denkende Klassenkämpfer sind. Weiter heißt es in dem Artikel, daß die Massen gespannt dem Geschäftsbericht des Gewerkschaftsführers Rang gelauscht haben, und wie er an Hand von Beispielen die Gräuenschauspiele und Schläppen, darunter auch Schläppen, die niemals in Erscheinung hätten treten dürfen, Schläppen, die die Zertilarbeiterchaft nur erhalten hat durch die verheerende Tätigkeit der Kommunisten, die tausendmal nach Einheitsfront innerhalb der Arbeiterchaft schreien und die hunderttausendmal diese von anderen aufgebraute Einheitsfront zu zerreißen. Wie steht es hier mit der Wahrheit? Wo sind die Schläppen, die die Kommunisten der Arbeiterchaft gebracht haben? Diese Schläppe soll nach Neuberungen des Gewerkschaftsführers Rang die Betriebsratswahl bei der Firma Dierig sein. Ihr Arbeitskollegen und -kolleginnen! Wer hat die Interessen der Arbeiterchaft bis zur letzten Minute mit aller Energie vertreten? Waren es nicht die Kommunisten? Hat nicht Gottfried Dierig in Schweidnitz vor dem Schlichtungsausschuss, als der Betriebsrat abgesetzt wurde, selbst gesagt, daß er mit solch einem radikalen Betriebsrat nicht arbeiten will, und hat nicht Gottfried Dierig selbst gesagt, er wolle lieber wieder den alten Betriebsrat haben, mit demselben er immer ganz gut ausgekommen? Warum hat die Firma den kommunistischen Betriebsrat nicht mehr anerkannt, als ihr ihn zum zweitenmal wiedergewählt hatte? Und warum hat der Regierungspräsident von Breslau und der Gewerberat den kommunistischen Betriebsrat zum zweitenmal abgelehrt? Weil er wahrer Arbeiterpolitik betrieb und die Forderungen der Arbeiter rücksichtslos durchkämpfte. Heute kommt ihr sehen, wie die Betriebsratsoblaste, die immer friedlich und geschiedlich arbeiten, Meißelwerkten unter dem Jant für ihre geistlose Arbeit. Und nun die Einheitsfront! Sowohl, wir Kommunisten rufen euch tausendmal zu: Einheitsfront! Aber proletarische Einheitsfront. Keine Einheitsfront mit dem Kapital, um euch mit nationalstehenden Phrasen vollzupropagieren, um euch den letzten Pfennig von eurem Hungerlohn abzuziehen und den kapitalistischen Heuchlern in die Taschen zu werfen, wie gegenwärtig mit der Ruhrhilfe. Da wollen wir lieber zerfallen dieser „Einheitsfront“ sein, als daß auch wir uns mit schuldig machen wollten an diesem Nationalnummer. Daß die Zertilarbeiterchaft in ihrer Masse getreu zum denkenden Sozialismus steht, bewies die daran anschließende Wahl des Vorstandes und der Revision“ schreibt wieder der Artikel. Gemäß, ihr Herren Gewerkschaftsführer! Warum habt ihr denn da die Diskussion abgewürgt? Warum habt ihr den Antrag des Kollegen Reichel abgewürgt, welcher forderte, daß von jeder Liste ein Redner mit gleicher Redezeit vorgelesen werden solle? Weil bei euch Theorie und Praxis im Sozialismus wie Feuer und Wasser ist. Weil ihr die Wahrheit fürchtet, darum würgt ihr die Diskussion ab. Warum macht ihr denn keine Stimmzettelwahl, obwohl es laut Verordnung Vorchrift ist? Warum geht ihr den Befehl aus, daß eure Verhandlungsgenossen schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung anwesend sein sollten, um den Saal zu

füllen und die übrigen keine Plätze mehr finden lassen? Also, bei Ihnen scheint die denkende Masse nur aus den Untergeblichen im Saal zu bestehen. Die Massen, die drauher standen, scheinen nach Ansicht des Artikelschreibers kein Denkvermögen zu besitzen. Im Artikel steht weiter: „Sie (die Massen) wollten nicht geleitet sein von solchen, die noch vor kurzer Zeit das Eisene Kreuz im Dorfe und in der Fabrik trugen.“ Sie wollen nicht geleitet sein von solchen, die noch vor nicht allzu langer Zeit nach dem Kriege bei den Oegern der freien Gewerkschaften, im evangelischen Junglingsverein Mitglied waren. Sie wollten nicht geleitet sein von solchen, die noch vor nicht gar zu langer Zeit bei jeder Gelegenheit dem Pastor freudig die Hand drückten und die heute die Leiter der Arbeiterchaft zerschanden kommunistischen Bewegung sind.“ Es ist ein sehr trauriges Zeichen von diesem erbärmlichen Schmierbublen, daß er nicht dazu schreibt, wer die betreffende Personen sind. Es gibt in der kommunistischen Ortsgruppe keinen einzigen Genossen, der mit dem Eisernen Kreuz hauiert, und keinen einzigen Genossen, der vielleicht dem Kriegerverein angehört, überhaupt keinen Genossen, der einem bürgerlichen Verein angehört. Wir haben unsere Organisation rein. Aber schaut euch doch einmal die Reihen derer an, die viele sind Mitglieder des Krieger- und Militärvereins? Wie viele sind Mitglieder von bürgerlichen Vereinen und zugleich Mitglieder der WPD? Ganzes steht es mit dem evangelischen Junglingsverein. In den Gewerkschaftsversammlungen heißt es: „Ihr müßt agitieren, damit ihr die Mitglieder der christlichen Organisations gewinnen“, und hier werden dann solche Kollegen heruntergerissen. Arbeiter und Arbeiterinnen! Auch hier steht ihr das Heuchelspiel eurer Gewerkschaftsangehörigen. Wir Kommunisten rufen euch zu: Helft uns weiter die heute noch unter dem fleckigen Einfluß stehenden Arbeiter befehren, sagt ihnen, daß sie sich auf fallchem Wege befinden. Es ist ein viel größeres Verdienst, einen christlichen Arbeiter für die Bewegung zu gewinnen, als einen kumpigen Baperschein zur Stärkung der Rasse zu spenden. Macht ihm keine Vorwürfe, denn er glaubt ja auch, seine Ueberzeugung sei die rechte. Macht es nicht wie die Bürokraten im „Proletarier“, denn sonst werdet ihr die Reihen der christlichen nicht schwächen, sondern stärken. Die Aushörung des Kollegen Günther ist vollkommen entsetzt. Kollege Günther sagte: „Auch wenn unsere Liste gewählt worden wäre, hätten wir in absehbarer Zeit keine Besserung bringen können, denn mit bloßen Lohnverhandlungen können wir nicht vorwärts kommen. Wir müssen die Organisationen zu Klassenkampforganen umgestalten, wie sie früher waren.“ Das letzte hat dem Artikelschreiber nicht gefallen, darum hat er es auch weggelassen. Die Aushörung des Gen. Günther: Die Liste 2 ist mit großer Mehrheit gewählt worden und wir haben uns damit abzugeben.“ Stimmt. Aber auch Kollege Günther konnte nicht die Massen in den Borräumen des Saales sehen und kein Gesamtergebnis, sondern nur ein Zählergebnis vom Saal feststellen. Arbeiter und Arbeiterinnen! Wir haben diese Wahl beim Zentralvorstand angefochten, weil wir eine Wahl per Stimmzettel fordern, wo jedem Mitglied Gelegenheit gegeben wird, sein Wahlrecht auszuüben. Wir wollen keine Gewerkschaft zerplündern, sondern zurückführen zu dem, wozu sie geschaffen worden sind. Wie sehr die Gewerkschaften den Gewerkschaftsführern am Herzen liegen, zeigt euch folgendes: Eine Anzahl von Kollegen gingen ins Verbandsbüro und unterbreiteten dem Gewerkschaftsführer Rang die Verträge, die gegen die Wahlordnung vorgekommen sind und fragten ihn, ob er die Wahl für gültig erkläre. Rang erklärte die Wahl für gültig. Die Kollegen erklärten auch, daß die Arbeiter, die man um das Wahlrecht betrogen hat, die Beiträge verweigern werden, bis eine ordnungsgemäße Neuwahl stattgefunden hat. Da erklärt der Gewerkschaftsführer Reichthensberger: „Wenn die ganze Organisation zum Zweifel geht“, dann, hinterher, sagt er noch, um den Eindruck seiner Bemerkung abzuschwächen: „Den Augen hätten nur die Unternehmer.“ Durch solche Bemerkungen könnt ihr das Interesse der Bürokraten für die Verbände merken. Also, auf die Schanzen, zum neuen Kampf. Je mehr sie uns verleumden, desto mehr werden den Arbeitern die Augen geöffnet. Keine Arbeitergemeinschaft mit dem Kapital; keine Handlangerdienste für das Kapital. Heraus aus dem Gland durch Mobilisierung der Massen, gleich ob mit oder ohne Führer.

Die Fraktion

der oppositionellen Zertilarbeiter Langenbielaus.

F. A. Franz Reichel.

Breslau. Solales. Proletarierlos!

Bürgerliche Breslauer Zeitungen berichten: Aus den Akten des hiesigen Amtsgerichts waren zu wiederholten Malen Gegenstände verschwunden. So u. a. Aktenstücken, Schafe, Schals usw. Man hatte wohl einen Aktenhefter im Verdacht, konnte ihn aber nicht nachweisen. Da wurde ein gezeichnetes Fünzigmarkschein in einer Zimmertüte, was halb nachher der Aktenhefter betrat. Der Schein verschwand und wurde in der Tasche des Aktenhefters gefunden. Er gab diesen Diebstahl zu, bestritt aber, auch die anderen Gegenstände gestohlen zu haben. Am Abend desselben Tages, da man ihn ermahnte, machte er durch Schreien seinem Leben ein Ende. Es soll ein Monatsgehalt von 10000 Mark bezogen haben.

Das ist das Gesicht der herrschenden Klasse! Erst zahlt man den armen Proleten so wenig Gehalt, daß sie buchstäblich auf die Straßen angewiesen sind, und dann legt man heimtückisch Fallen, um das Opfer zu fangen. Und die Herren dieser Gesellschaft wagen es noch, von Moral und Sitten zu reden. Ist es nicht der blutigste, gränzenloseste Hohn? Kennen denn diese Herren eine andere Moral, als die des ewigen Profitstrebens, des Auslaugens der Arbeiterklasse? Kennen sie andere Sitten, als die ihrer dreimal verfluchten Gesellschaftsordnung kapitalistischer Tyrannei? Nein, diese Vampire sind keine Menschen mehr. Es sind blindurige Hyänen im Gesellschaftsangest.

Ihr aber, Proletarier, wollt ihr immer das Los des Sammes, des Opfers tragen? Kommt ihr nicht laufende, brüllende Löwen sein? Wo sind eure Fahnen, wo eure Panzer?! Feuchauf, wagt den Kampf!!!

Funktionärversammlung der WPD.
Die am 14. 2. im Parteibüro stattgefundene, gut besuchte Funktionärversammlung beschloß sich nach einem Referat des Genossen Dehner über die dringenden organisatorischen Aufgaben der Partei, mit der Durchführung der Beschlüsse des Leipziger Parteitages.
Die überaus rege Diskussion zeigte, daß die Funktionäre gewillt sind, alle Kräfte zu mobilisieren und aktiv einzusetzen. Beschlossen wurde, daß jeder Funktionär an zwei oder drei Sitzungen teilzunehmen und im Schiedsgericht für sich persönlich der Ortsleitung zu entschuldigen ist.
Am 11. Uhr schloß der Vorsitzende die Sitzung mit der Erwartung, daß jeder Genosse und jede Genossin die Durchführung der Leipziger Beschlüsse durch höchste Aktivität bewerkstelligen will.
Unersetzliches vom Konsumverein „Vorwärts“ wird uns von einem Arbeiter berichtet. Im Neubau in der Langenbielauerstraße sollte bis zum vergangenen Sonntagabend ein Saal fertig sein. Es sollte, so hieß es, eine „Sitzung“ stattfinden. Der

Saal wurde tatsächlich fertig und die Vorbereitungsarbeiten für die „Sitzung“ begannen. Es wurden 100 Flaschen Wein in den Saal geschafft sowie ein Korb Semmeln, die mit Butter, Schinken und Zerkelaturwerk belegt waren. So wurde in diesem Saale eine rechte Schlemmerei einweihung abgehalten.
Wir geben diesen Bericht nur unter Vorbehalt wieder. Es wäre tatsächlich eine ungläubliche Verhöhnung der Not des Proletariats, wenn die Angaben des Arbeiters zutreffen würden. Wir hoffen, daß sich die Verwaltung des „Vorwärts“ dazu äußert.

Die Stadtherteilungstelle Breslau fordert heute in unserem Inseratenteil alle Väter und Mütter, die RG-Mehl verbacken oder abgeben, zur Ablieferung der bis 18. Februar eingenommenen Bestmengen auf. Zur genauen Orientierung verweisen wir auf den Inseratenteil.

Der Dollar fällt — die Preise steigen! Just in dem Augenblicke, in dem der Dollarwert um die Hälfte sinkt, veröffentlicht wir im Inseratenteil ein Inserat des Magistrats mit der Mitteilung, daß die Mehl- und Brotpreise ganz bedeutend gestiegen sind. Wir werden in unserer nächsten Nummer besonders auf die neuen Preisveränderungen eingehen.

Die Gebühr für die Befähigung des Rathauses ist auf 100 Mark (bisher 20 Mark) erhöht worden. Bei Gruppen von mehr als 15 Personen wird eine Gebühr von 50 Mark (bisher 10 Mark) von jedem Teilnehmer erhoben. Schulen unter Führung eines Lehrers und Zöglinge öffentlicher Erziehungsanstalten in Begleitung von Vorstehern und Erziehern genießen nach wie vor Gebührenfreiheit.

Beschwerdebücher in den Brausebädern. Ein Fall aus den letzten Wochen gibt Veranlassung, da auf hinzuweisen, daß in allen städtischen Brausebädern Beschwerdebücher aufzuhängen, in die jedermann, der einen Grund zur Klage zu haben glaubt, keine Eintragungen machen kann. Bedingung ist jedoch, daß Name und Wohnung des Beschwerdebüchlers genannt werden, da namenlosen Anzeigen grundsätzlich nicht nachgegangen wird.

Zart angefaßt! Der Magistrat hat die Firma Breslauer Rohlfensbräuer Schmidt & Co., O. m. b. H., hier, Sauerbrunnstraße 18/187, wegen schwere Verstöße gegen die Rationierungsbestimmungen und wegen Hochpreisüberverschreitung von der Belieferung mit dem Betriebe von Köhlen bis auf weiteres ausgeschlossen. — Gibt es weiter keine Strafe gegen Wucher?

Witwener. Die Freie Elternvereingung hielt am 1. Januar eine Versammlung ab. Als Referent war Herr Lehrer Brzenkott erschienen, welcher die Vorzüge des weltlichen Schulsystems gegenüber den konfessionellen Schulen aufzeigte. Die herrschende Klasse hat es immer verstanden, die Schule für ihre Zwecke auszunutzen, und leider hat auch die „Revolution“ 1918 auf diesem Gebiet nicht durchgreifend

gewirkt. Leider steht heute noch ein sehr großer Teil der Arbeiterchaft dieser Bewegung fern. Manche aus Interesselosigkeit, sie sind zu faul, um einen Fortschritt auf geistigem und kulturellem Gebiet mitzuarbeiten, andere sind noch zu sehr von religiösen Vorurteilen befangen. Auf diesem Gebiet verstehen es ja die Konfessionellen ausgezeichnet, ihren Anhängern vor der neuen Bewegung grübelig zu machen. In der Aussprache schilderte Gen. P a g e l das Schulleben am hiesigen Ort, ebenso die Sitzungen in der Schuldeputation. Die Gewerkschaftsfunktionäre werden erneut zur Agitation schreiten und an der Arbeiterchaft wird es liegen, daß auch in Altwasser eine weltliche Schule zustande kommt.

Altwasser. Wo stecken die Kartoffeln? Vor einigen Wochen konnte man in den Zeitungen lesen, daß die Kartoffelversorgung für unsern Ort gedeckt sei. Jetzt kann man sich die Beine ablaufen, wenn man nur wenige Pfund für dieses Geld haben will. Sollte das etwa auch mit der Ruhrbeziehung zusammenhängen? Möglich, daß die Antinationalpatrioten heute in größeren Mengen Kartoffeln an die Schnapsfabriken liefern, weil die Bezahlungstruppen den Fußel in Franken bezahlen. Es ist notwendig, daß die Arbeiter ihre Kontrolle verschärfen.

Beierswalbau. Im Konsumverein „Selbsthilfe“ herrschen recht nette Zustände. Man kann sehen, daß der Konsumverein zu einer Hilfe für die Bourgeoisie geworden ist. Das zeigt folgendes Ereignis: Im Lager 5 (Lagerhalter ist der sozialdemokratische Amtsvorsteher Langsammer) erlitten umänglich eine Kriegerwitwe und verlangte 1 Pfund Honig. Da sie kein Geld hatte, wollte sie den Honig erst an folgenden Freitag bezahlen. Das wurde rundweg abgelehnt. Kurz darauf kam das Dienstmädchen vom Hotel Holz. Sie hatte auch kein Geld, bekam aber trotzdem sehr viel Waren und konnte sie auch mitnehmen. Die Kriegerwitwe und noch eine Proletarierfrau protestierten und forderten, daß die Köchin die Ware zurückläßt, was auch geschah. Waren die Frauen nicht dagewesen, so hätte die Köchin die Ware leihweise bekommen. Die Arbeiter können daraus lernen, daß sie die proletarische Selbsthilfe auch auf den Konsumverein Selbsthilfe ausdehnen und genau kontrollieren müssen, wie vom Personal die Interessen der Mitglieder vertreten werden.

Oppeln O. S. Für Säuglinge, werdende und stillende Mütter soll eine Sonderzusage von 2 Pfund unter pro Person abgegeben werden, der einer von der kommunistischen Banden O. S. für den Monat Februar wird zum verbilligten Preise von 300 Mark für das Pfund durch das hiesige Wohlphatsamt zur Verteilung gelangen, wofür auch die Verkaufsstellen bekanntzugeben werden. Die Abgabe des Zuckers erfolgt gegen Quittschein, die im Wohlphatsamt, Am Dugmarkt, O. S. entgegengenommen, normiert von 9 bis 12 Uhr, und zwar nur bis Ende Fe-

